

amtliche Bekanntmachung

185 K 010/20



AMTSGERICHT ESSEN

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Freitag, den 21. Mai 2021, 9.00 Uhr,

im Amtsgericht Essen, Zweigertstraße 52, I.Stock (gelber Bereich), Saal 182

das Wohnungseigentum, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Essen Blatt 4427

Grundbuchbezeichnung:

BV lfd. Nr. 1: 928/10.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Essen, Flur 87, Flurstück 188, Hof- und Gebäudefläche, Engelbertstr. 29, Größe: 3,31 a, verbunden mit dem Sondereigentum an Nr. 10 des Aufteilungsplanes,

das in Essen im Ostviertel gelegen ist, versteigert werden.

Laut Wertgutachten hat die Wohnung im Dachgeschoss rechts des Mehrfamilienhauses (Bj. 1979) eine Wohnfläche von rd. 39 m². Es besteht ein Instandhaltungsrückstau.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 03.04.2020 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 29.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich

unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Essen, 02.02.2021